

P R O T O K O L L

über die am Dienstag, dem 29. Juni 2004, um 19.00 Uhr im Rathaus - Sitzungssaal, 3. Stock, stattgefundene Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf (öffentliche Sitzung).

Anwesend waren:

Bgmst. Johann Karl	SPÖ
Vzbgmst. Annemarie Burghardt	SPÖ

Die Stadträte:

Josef Daubeck	SPÖ
Ing. Ernst Escher	SPÖ
Paul Lischka	SPÖ
Christine Beck	ÖVP
Dr. Anton Kögler	ÖVP
DI Günther Schwabl	FPÖ

Die Gemeinderäte:

Franz Csucker	SPÖ
Johanna Gangl	SPÖ
Franz Irlvek	SPÖ
Gertrude Kogler	SPÖ
Herbert Mölzer	SPÖ
Olga Pamperl	SPÖ
Robert Pintz	SPÖ
Josef Pürschl	SPÖ
Christine Rohatsch	SPÖ
Herbert Schweiger	SPÖ
Christian Worlicek	SPÖ

Helene Kästner	ÖVP
Rene Lobner	ÖVP
Roman Reissig	ÖVP
Margarete Scheidl	ÖVP
Rudolf Stöger	ÖVP
Margit Wilmsen	ÖVP

Ingeborg Parzer	FPÖ
Franz Weindl	FPÖ

Ernst Nadler	GABL
Volker Weiss	GABL

Schriftführer: Stadtamtsdirektor Anton Wildmann

Herr Bürgermeister Johann Karl eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Tagesordnung lautet:

- - - Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

Berichterstatter: Bürgermeister Johann Karl

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 13. Mai 2004
2. Jugendzentrum Gänserndorf - Betreuung
3. NÖ. Landesentwicklungsgesetz - nachträgliche Stellungnahme
4. Gründung des Gemeindeverbandes "Gemeindeverband der NÖ. Erdöl- und Erdgasgemeinden
5. Vorbeugende Maßnahmen gegen Vandalismus
6. Erlaubnis zur Verwendung bzw. Druck des Stadtwappens

Berichterstatter: Vizebgmst. Annemarie Burghardt

7. Vergabe Gemeindewohnung und Genehmigung Mietvertrag

Berichterstatter: StR. Ing. Ernst Escher

8. Subventionen
9. Gemeindeabgabenprüfung für Kommunalsteuer

Berichterstatter: StR. Josef Daubeck

10. Überwachung der Fahrgeschwindigkeit
11. Vitrine Bahnstraße - Genehmigung Mietvertrag

Berichterstatter: StR. Paul Lischka

12. Gänserndorfer Kindersommer 2004
13. Heidekindergarten - Ankauf von Einrichtungsgegenständen
14. Mietvertrag Bahnstraße 60

Berichterstatter: StR. Christine Beck

15. Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes

- - - N i c h t Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

16. Stellungnahme zum Prüfbericht vom 19. Mai 2004
17. Safari-Park - Weitere Vorgangsweise
18. Betriebsansiedlung - Vergabe von Kaufoptionen
19. Verkauf des Grundstückes Pz.Nr. 141/1
20. Personalangelegenheiten
21. Förderung Fassadenrenovierungskredit
22. Alternative Energiequellen - Förderung

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

Punkt 1: Der Bürgermeister berichtet, dass gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 13. Mai 2004 während der Auflagefrist keine Einwendungen vorgebracht wurden. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 2: Der Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass ein Sozialpädagoge für die Betreuung des Jugendzentrums einschließlich der anfallenden Jugendarbeit für die Zeit vom 1. Juli 2004 bis 31. Dezember 2004 befristet aufgenommen werden soll. Bei dem aufzunehmenden Sozialpädagogen handelt es sich um Herrn Bernhard Ruthhammer.

Ein entsprechender befristeter Sondervertrag soll abgeschlossen werden.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt die Frage, welchen Aufgabenbereich Herr Ruthhammer hat bzw. welche Agenden Herr Ruthhammer abdecken soll.

Herr Bürgermeister Johann Karl gibt hierzu bekannt, dass die Aufgaben des Betreuers mit der NÖ. Landesregierung abgesprochen wurde. Die Hauptaufgabe des Herrn Ruthhammer besteht aus der Jugendbetreuung. Die Jugendbetreuung wird der Stadtgemeinde Gänserndorf insgesamt € 7.926,- kosten. Die Betreuung soll in der Woche 20 Stunden betragen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Bielik, Hrabal

Punkt 3: Der Bürgermeister Johann Karl berichtet, dass in der Sitzung des Gemeinderates vom 27. Jänner 2004 der Beschluss gefasst wurde, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf noch zusätzliche Vorschläge zum NÖ. Landesentwicklungskonzept, welche speziell für die Stadtgemeinde gelten sollen, machen wird.

Der Bürgermeister Johann Karl stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle dahingehend einen Beschluss fassen, dass

- bei der thematischen und räumlichen Konkretisierung der Ziele die Arbeitsplätze analog zu Marchegg, Strasshof u.a. durch ECO Plus unterstützt werden.
- bei der Sektion Bildung und Bildungspolitik, welche für die Schulstadt Gänserndorf immer im Vordergrund gestanden ist, weiterhin Rücksicht genommen wird. Es ist daher bei der Bildungsplanung sowie bei der Bildungspolitik darauf zu achten, dass die berufsbildenden Schulen und Fachhochschulen im Gemeindegebiet vorgesehen werden.
- weiterhin nach Öffnung des Eisernen Vorhanges dazu beigetragen wird die Brücken über die March und die notwendige Marchfeldstraße errichtet wird um den Verkehrsknotenpunkt Gänserndorf nicht auszuschließen. Vielmehr auch deswegen, da die zu erwartende überdurchschnittliche wirtschaftliche Entwicklung, und die starke Zunahme der Wirtschafts- und Verkehrsbeziehung in unserer Region zunimmt. Auch ist die seit langem im Flächenwidmungsplan festgelegte Umfahrungsstraßen auszubauen.
- Gänserndorf und die umliegende Region ein bedeutendes Freizeit- und Naherholungsland ist. Die klassische Begründung findet sich darin, dass im Nahbereich die

Marchfeldschlösser sind. Um jedoch die Weiterentwicklung der Region zu forcieren ist es notwendig, dass auch Förderungen eingesetzt werden, welche eine Qualitäts- und Strukturverbesserung für die Freizeitwirtschaft zu ermöglichen.

- Es soll für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft das Radwegenetz entsprechend ausgebildet werden um diese besser und nicht gefährnsvoll erreichen zu können.
- Gänserndorf als Bezirksstadt ist durch die Öffnung des Eisernen Vorhanges an eine zentrale Lage des OST - WEST Verkehrs gerückt, die eine unbedingte Verbesserung der Verkehrswege benötigt. Damit meinen wir nicht nur die Hauptverkehrswege, die gemacht werden müssen, sondern auch die urbane Infrastruktur ist zu verbessern. Wie z.B. Anrufsammeltaxis, Busbahnhof.

Herr Stadtrat Dipl.Ing. Günther Schwabl gibt hierzu fest, dass er mit diesem Antrag inhaltlich kein Problem hat. Stellt jedoch fest, dass die Frist für die Abgabe einer Stellungnahme bereits abgelaufen ist. Stellt daher die Frage, wem diese Stellungnahme präsentiert wird bzw. wem diese Stellungnahme übermittelt wird.

Herr Bürgermeister Johann Karl gibt hierzu bekannt, dass die Stellungnahme dem Amt der NÖ. Landesregierung übermittelt wird. Diese Stellungnahme soll deshalb jetzt beschlossen werden, weil dies beim ursprünglichen Gemeinderatsbeschluß als Bedingung aufgenommen wurde. Als Vertreter für die Region wurde Herr Mag. Raimund Schlederer, Geschäftsführer des GIZ Marchegg, vorgeschlagen.

Herr GR. Roman Reissig stellt fest, dass es einen Fristenlauf gegeben hat. Das Schreiben des Amtes der NÖ. Landesregierung war vom Dezember 2003. Im Jänner 2004 wurde seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf der Gemeinderatsbeschluß gefaßt. Gänserndorf hat jedoch keine Eingabe gemacht. Es wurde auch seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf die nächste Phase verschlafen. Die Gemeinde hätte einer Kleinregion beitreten sollen. Wenn die Gemeinde Gänserndorf einer Kleinregion angehören würde, so könnte man am Bürgerbeteiligungsprozeß teilnehmen. Es könnte daher auch jeder Bürger an diesem Prozeß teilnehmen. Da die Stadtgemeinde Gänserndorf bei diesen Kleinregionen nicht dabei ist, kann sich der Gänserndorfer Bürger nicht beteiligen. Stellt weiters fest, dass Fristen versäumt wurden.

Herr Bürgermeister Johann Karl gibt hierzu bekannt, dass er das e-mail des Herrn GR. Roman Reissig nicht beantwortet hat. Es wird in diesem e-mail seitens der ÖVP diktiert. Auf Grund der Landesbestimmungen sind alle Kleinregionen bis zum Jahr 2007 zusammenzulegen. Außerdem stellt er fest, dass die Gemeinde Gänserndorf keine Frist versäumt hat.

Herr GR. Roman Reissig stellt fest, dass am 17. Mai 2004 eine Veranstaltung in Obersdorf mit dem Thema "Beteiligungsprozess Strategie NÖ" stattgefunden hat. Bei dieser Veranstaltung hat kein Vertreter der Stadtgemeinde Gänserndorf teilgenommen. Das Thema Bürgerbeteiligung tritt in die entscheidende Phase. Gänserndorf ignoriert den Bürgerbeteiligungsprozeß und somit auch das Landesentwicklungskonzept. Es wundert Herrn GR. Roman Reissig nicht, wenn das Land NÖ. Ansuchen der Stadtgemeinde Gänserndorf nicht bewilligt. Ist der Ansicht, dass sich das Verhalten des Bürgermeisters gegen Gänserndorf und gegen die Gänserndorfer Bürger richtet.

Herr Stadtrat Dipl.Ing. Günther Schwabl findet es traurig, wenn hier nicht für Gänserndorf gesprochen wird. Die Streitparteien sollten sich daran erinnern, dass sie für Gänserndorf eintreten sollten. Herr GR. Volker Weiss schließt sich dieser Meinung an.

Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt an Herrn GR. Roman Reissig die Frage, wen er bei dieser Veranstaltung vertreten hat. Herr GR. Roman Reissig gibt hierzu bekannt, dass er als Vertreter der Wirtschaftskammer bei dieser Veranstaltung war. Hat sich jedoch bereit erklärt, dass er die dort erhaltenen Informationen an interessierte Gemeindevertreter weiter gibt. Es hätten auch die anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien bzw. die Vertreter der Gemeinde zu dieser Veranstaltung eingeladen werden sollen.

Herr Bürgermeister Johann Karl teilt mit, dass er als Vertreter der Gemeinde in Bratislava war. Er konnte daher den Termin in Obersdorf nicht wahrnehmen.

Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf eine allgemein zugängliche Veranstaltung zum Landesentwicklungskonzept organisiert hat. Bei dieser Veranstaltung sind seitens der Teilnehmer keine Vorschläge gekommen. Ist der Ansicht, dass man als Gemeinderat der Gemeinde verpflichtet ist. Man müsste daher die erhaltenen Informationen weitergeben. Die erhaltenen Informationen sind eine Bringschuld an die Gemeinde.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Gindl

Punkt 4: Der Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die beiliegende Vereinbarung gemäß § 4 NÖ. Gemeindeverbandsgesetz betreffend Gründung eines Gemeindeverbandes "Gemeindeverband der NÖ. Erdöl- und Erdgasgemeinden" mit Wirksamkeit 1. Jänner 2005 genehmigt werden soll.

Die beiliegende Satzung dieses Gemeindeverbandes bildet einen wesentlichen Bestandteil dieses Gemeinderatsbeschlusses.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 5: Der Bürgermeister Johann Karl berichtet, dass die Firma Securitas Arbeiten für die Verkehrssicherheit in Gemeinden anbietet. So wurden Angebote über die Radarüberwachung und für Revierdienstleistungen angeboten. Nach einem Vorstellungsgespräch ist der Stadtrat übereingekommen, dass der Revierstreifendienst von der Firma Securitas probeweise bestellt werden soll.

Der Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, dass die Firma Securitas auf Grund des Angebotes vom 22. Juni 2004 mit den Revierstreifendienstleistungen für einen Zeitraum von 3 Monaten mit 7 Stunden pro Woche beauftragt werden soll.

Die Kosten belaufen sich bei einer Berechnung von

7 Stunden x € 23,75	€	166,25 / Woche
1 Monat	€	665,00 / Monat
3 Monate	€	1.995,00 / 3 Monate
zuzüglich 20 % Ust.	€	<u>399,00</u>
Gesamtsumme	€	<u>2.394,00</u>
		=====

Herr Bürgermeister Johann Karl berichtet, dass er mit der Bezirkshauptmannschaft gesprochen hat. Seitens der Bezirkshauptmannschaft gibt es keine Einwände. Frau GR. Ingeborg Parzer stellt fest, dass hier ein großer Bogen aufgemacht wird. Wie soll diese eine Person den Dienst versehen.

Herr Bürgermeister Johann Karl gibt hierzu bekannt, dass eine Person mit einem Hund den Dienst versehen soll. Diese Person kann auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen jede Person anhalten bzw. zurechtweisen. Dies kann jedoch jeder Gemeindebürger. Es soll im ersten Stadium für drei Monate dieser Dienst sieben Wochenstunden versehen werden. Es können sicher nur Präventivmaßnahmen gesetzt werden. Ist dem Bürgermeister auch klar, dass die Problematik verlagert werden könnte.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt fest, dass dieser Dienst nur schwerpunktmäßig versehen werden kann. Das Wachorgan kann laut den Ausführungen des Bürgermeisters nicht mehr als dies jeder Bürger machen dürfte.

Herr GR. Franz Weindl ist der Ansicht, dass es beschämend ist, dass der Gemeinderat diesen Sicherheitsdienst beschließen muß, obwohl dies Aufgabe der Gendarmerie wäre.

Herr GR. Volker Weiss findet die Beauftragung für drei Monate gut. Nach dieser Zeit muß man sich das Ergebnis ansehen. Stellt die Frage, ob die Gemeinde einen diesbezüglichen Bericht bekommt. Stellt weiters die Frage, ob dieser Sicherheitsdienst mit der Gendarmerie akkordiert ist bzw. ob das Wachorgan seitens der Gendarmerie Hilfestellung bekommt.

Herr Bürgermeister Johann Karl gibt hierzu bekannt, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf einen Tätigkeitsbericht bezüglich der Arbeiten des Wachorganes bekommt. Weiters ist das Wachorgan in Funkkontakt mit der Gendarmerie.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Gindl

Punkt 6: Der Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass dem Österreichischen Wirtschaftsbund, Bezirksgruppe Gänserndorf die Bewilligung gemäß § 4 Abs. 3 der NÖ. Gemeindeordnung erteilt wird, das Stadtwappen in Druckform auf dem Wochenkalender zu verwenden. Weiters soll die für die Bewilligung der Benützung des Stadtwappens vorgesehene Verwaltungsabgabe nicht vorgeschrieben werden.

Außerdem soll der im Schreiben vom 22. Juni 2004 angeführte maximale Kostenbeitrag seitens in Höhe von € 10,-- von der Stadtgemeinde Gänserndorf geleistet werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 7: Frau Vizebürgermeister Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass an

- a) Herrn **Sahiti Rami** die Gemeindewohnung Nr. 12, Villagasse 13/1/3/12 bestehend aus 4 Zimmern, Küche, Vorraum, Abstellraum, Bad und WC im Ausmaß von 102,45 m² zu

einem derzeitigen Mietzins von € 2,8031 + BK + Ust. nach den Bestimmungen des WBF ab 1.7.2004

vermietet werden soll.

Weiters möge der Gemeinderat den **vorliegenden Mietvertrag** betr. Vermietung der Gemeindewohnung Villagasse 13/1/31/12 beschließen.

Bericht:

Frau Jenny-Katharina Severino hat die **Gemeindewohnung Nr. 12 auf Stiege 1** im Wohnblock **Villagasse 13** mit 30.6.2004 gekündigt.

Die Wohnung hat eine Größe von 102,45 m² und besteht aus 4 Zimmern, Küche, AR, Vorraum, WC und Bad.

Der Ausschuss für Soziales und Bürgerservice hat in seiner Sitzung am 16.6.2004 folgende Reihung vorgenommen.

- 1) **SAHITI Rami**
- 2) **BILIR Ramazan**
- 3) **BEGANOVIC Ramiza**
- 4) **HASANAJ Ibrahim**
- 5) **BEGANOVIC Semso**

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 8: Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass

- a) dem SV OMV Gänserndorf auf Grund des Ansuchens vom 25. Mai 2004 30 Freistunden in der Stadthalle für das Jahr 2004 genehmigt werden sollen.
- b) der UNION Raika Gänserndorf auf Grund des Ansuchens vom 14. Mai 2004 60 Freistunden in der Stadthalle für das Jahr 2004 genehmigt werden sollen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Petsche

Punkt 9: Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Auftrag für die Durchführung der Gemeindeabgabenprüfung für Kommunalsteuer an die DONAU Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsges.m.b.H. auf Grund des Angebots vom 19. April 2004 vergeben werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter. Pleininger

Punkt 10: Herr Stadtrat Josef Daubeck berichtet, dass im Stadtgebiet von Gänserndorf Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt werden sollen. Es wurden Angebote der Firma Securitas und der Firma Velometer angefordert. Nach Durchsicht der Angebote erscheint die Firma Velometer deshalb günstiger, da sie für den Probebetrieb von drei Monaten maximal die Summe der zufließenden Anzeigenerlöse in Rechnung stellen wird. Eventuelle Anzeigenerlöse über € 5.000,- fließen als Überschuß der Gemeinde zu.

Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, das die Firma Velometer mit der mobilen Radarüberwachung für einen Zeitraum von 3 Monaten beauftragt werden soll.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt die Frage, ob über die Überwachungen ein Protokoll geführt wird.

Herr Bürgermeister Johann Karl gibt hierzu bekannt, dass das Einvernehmen mit der Gendarmerie und der Bezirkshauptmannschaft hergestellt wurde. Es soll daher keine doppelte Geschwindigkeitsmessung vorkommen. Weiters macht die Bezirkshauptmannschaft die direkte Verwaltung, d.h. dass die Protokolle bzw. Anzeigen direkt an die Bezirkshauptmannschaft weitergeleitet werden. Die Anzeigen müssen daher nicht an die Gendarmerie geleitet werden.

Herr Stadtrat Dr. Anton Kögler stellt fest, dass die etwaigen Überschüsse aus diesem Titel widmungsgemäß für Verkehrsmaßnahmen bzw. Straßenerhaltung verwendet werden sollten. Herr Bürgermeister Johann Karl sichert Herrn Stadtrat Dr. Anton Kögler zu, dass die etwaigen Überschüsse zweckmäßig verwendet werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Gindl

Punkt 11: Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der vorliegende Mietvertrag, betr. Vermietung der Vitrine in der Bahnstraße mit dem

Salon Reckendorfer
2230 Gänserndorf, Grillparzergasse 40/1,
Vitrine Nr. 10 (vor Haus Nr. 2 - vormals Predl),
ab 1.7. 2004

genehmigt wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 12: Herr Stadtrat Paul Lischka stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für den „Gänserndorfer Kindersommer“ aus dem Kulturbudget 2004

€ 3.250,- (inkl. Steuern)

bereitgestellt werden.

a) Busfahrten

Im Rahmen des „Gänserndorfer Kindersommers 2004“ vom 26.7. – 3.9.2004 sind Veranstaltungen außerhalb des Stadtgebietes vorgesehen, sodass der Transport der Kinder mittels Autobus erfolgt.

Für die Bereitstellung eines Busses (Busgröße 33 Sitze, bei Bedarf ohne Mehrkosten auf Busse mit 50 Sitzplätzen erweiterbar) zu den einzelnen Veranstaltungsorten liegt ein Anbot der Fa. Bayerbus vor. Die örtlichen Firmen Proksch und Trestl sind Partnerfirmen der Fa. Bayerbus und damit kostenmäßig preisgleich. Kosten für insgesamt 12 Busfahrten:

€ 2.400,-- (inkl.Ust.)

Zusätzliche Kosten die sich aus Überschreitungen bei Ankunftszeiten und Mehrkilometern ergeben, können vorläufig nicht berücksichtigt werden.

b) Unfallversicherung

Wie im Vorjahr soll auch heuer eine Kollektivunfallversicherung für max. 50 Kinder und 4 Begleitpersonen für die Ausflüge mit Busfahrten abgeschlossen werden. Die Einmalprämie beträgt

€ 150,-- (inkl.Versicherungssteuer)

c) Sonstige Aufwendungen

Für Aufwendungen die derzeit nicht erfassbar sind, wie Eintrittspreise für Betreuungspersonal, Gruppenpauschalen, Differenzen zwischen Regiebeiträgen und Eintrittsgeldern, Sonderausgaben und alle sonstigen nicht vorhersehbaren Auslagen.

€ 700,-- (inkl.Ust.)

Herr GR. Franz Weindl stellt die Frage, wie die Betreuung des Kindersommers personell abgedeckt ist. Herr Stadtrat Paul Lischka gibt hierzu bekannt, dass wieder die Stadt- und Gemeinderäte bezüglich der Betreuung herangezogen werden sollen. Diese Betreuung ist natürlich auf freiwilliger Basis. Außerdem werden vier Personen für die Betreuungsarbeit seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf aufgenommen. Von den vier Personen ist eine Person bereits in der Kinderbetreuung ausgebildet, drei Personen sind noch nicht ausgebildet, können jedoch diese Betreuung als Praxis verwenden.

Herr GR. Franz Weindl stellt die Frage, welche Vereine sich am Kindersommer beteiligen. Herr Stadtrat Paul Lischka gibt hierzu bekannt, dass von den Veranstaltungen, welche von den Vereinen ausgerichtet werden, 14 Veranstaltungen vom ASKÖ und 2 Veranstaltungen von der UNION ausgerichtet werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Petsche

Punkt 13: Herr Stadtrat Paul Lischka stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die bisherige HPI-Gruppe (ab September 2004 Umgestaltung zu einer Regelgruppe,

28 statt 15 Kinder) bei der Fa. Spiel und Schule folgende Einrichtungsgegenstände angekauft werden sollen:

1 Quadratisch beige 58 cm,	€ 145,--
2,3 lfm Garderobe mit 10 Haken,	€ 787,20
3 x 10 Zeichenkärtchen,	€ 39,--
28 Eigentumsladen,	€ 504,--

Gesamtkosten inkl. Ust.: € 1.475,20

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 14: Herr Stadtrat Paul Lischka stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der vorliegende Mietvertrag, abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Gänserndorf und der Schulgemeinde der Polytechnischen Schule Gänserndorf, betreffend der Liegenschaft "2230 Gänserndorf, Bahnstraße 60" genehmigt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 15: Frau Stadtrat Christine Beck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Änderungen des örtlichen Raumordnungsprogrammes und Bebauungsplanes sowie die dazugehörigen Verordnungen genehmigt werden sollen.

In der Zeit vom 28.4.2004 bis 9.6.2004 wurden Abänderungen des örtlichen Raumordnungsprogrammes und des Bebauungsplanes kundgemacht.

Die Änderung betrifft:

- geringfügige Verschiebung der Baulandabgrenzung im Betriebsgebietsbereich östlich der Protteserstraße.
- geringfügige Verschiebung der Grünland- bzw. Verkehrsflächenabgrenzung im Siedlungsbereich Gänserndorf-Süd unmittelbar westlich der Neusiedlerstraße
- Streichung einer öffentlichen Verkehrsfläche -Fussweg an der Hauptstraße im Bereich des Stadtzentrums von Gänserndorf

Die eingelangten Gutachten durch die Sachverständigen stellen keinen Anlass für eine Ablehnung der Änderungen dar. Es kann daher ein positiver Beschluss gefasst werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Gindl

Ende der Sitzung: 20,30 Uhr

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Für die SPÖ:

Für die ÖVP:

Für die FPÖ:

Für die GABL: